Hohn, 22.11.2016

Neues aus der Teilfraktion Soziales der Kreistagsfraktion

Trägerversammlung beschließt zusätzliche Stellen

Die Trägerversammlung unseres Jobcenters kam am 22.11.2016 zum letzten Mal in diesem Jahr zusammen. Beschlussvorlagen waren u. a. der Stellenplan 2017 und dafür maßgeblich der Haushaltsentwurf. Die jetzt beschlossenen Anhebungen im Stellenplan sind den prognostizierten Zahlen zur Zuwanderung durch Flüchtlinge geschuldet. Sollte die aktuelle Praxis des BAMf, Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak nur „subsidiären Schutz“ zu gewähren, durch das Verwaltungsgericht kippen, kommen auf das Jobcenter weitere Leistungsberechtigte durch den Zuzug der Angehörigen hinzu.

Zur besseren Integration von Flüchtlingen in die Ausbildung und den Arbeitsmarkt werden sogenannte „Kooperationsvereinbarungen mit der Industrie, der Handwerkerschaft und den Unternehmensverbänden geschlossen. Ziel wird eine bessere Vermittlungsquote auf den ersten Arbeitsmarkt und/oder in Ausbildung sein. Helfen sollen dabei Betreuungskräfte, die sich um die Flüchtlinge „kümmern“.

Der Anteil der Leistungsempfängerinnen an den Kosten der Unterkunft mit Flüchtlingsproblematik ist auf ca. 19 % gestiegen. Hier wird der BUND Kosten zusätzlich übernehmen (müssen), was zu einer Entlastung des kommunalen Anteils führen wird.

Daseinsvorsorge wichtige soziale Aufgabe – Kreistagsfraktion will Angebote stärken

In die Haushaltsberatung 2017 bringt die SPD-Kreistagsfraktion neben dem Schwerpunkt „Integrationsmaßnahmen“ zusätzliche Förderanträge für die Wohlfahrtspflege und Daseinsvorsorge ein. Seit mindestens sechs Jahren wurden Angebote der Dezentralen Psychiatrie (z. B. Begegnungsstätten), Suchthilfe (Suchtberatung, Prävention), Frauenberatung, Migrationsberatung, Sozialberatung für schwangere Frauen usw. budgetiert. Gleichzeitig stiegen die tarifbedingten Personalkosten und Sachkosten in allen diesen Bereichen. „Wir erwarten als Kreis gute Leistungen auf einem hohen Niveau“, so der Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschuss in der Sitzung vom 17. November. „Diese müssen dann aber auch entsprechend ausfinanziert sein.“ Der Kreistag am 12. Dezember wird hierüber entscheiden.

Ulrich Kaminski
Sozial- und Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD Kreistagsfraktion
Vors. Sozial.- und Gesundheitsausschuss des Kreises